Haenisch, Konrad

Sozialdemokratische
kulturpolitik

Berlin

[1919?]

97-84227-4
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED - EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD

Haenisch, Konrad.

Sozialdemokratische kulturpolitik, von Konrad Haenisch ... 9. und 10. aufl. Berlin, C. A. Schwetschke & sohn [1919?]

32 p. 23cm.

Caption title: Auszug aus dem stenographischen bericht über die sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses am 5. juni 1918.

1. Education—Germany. 2. Socialism in Germany. I. Title.

22—5107

Library of Congress LA722.H3 [41b1]

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35mm REDUCTION RATIO: 11:1 IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 10-31-97 INITIALS: PB

TRACKING # : 28434

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

Sozialdemokratische Kulturpolitik

Von

Konrad Haenisch

Volksbeauftragter im preußischen Ministerium
für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

Neunte und zehnte Auflage



Berlin
C. A. Schwetschke & Sohn, Verlagsbuchhandlung
gegr. 1729

Der unterzeichneten Verlagshandlung, die die bekannte Schrift von Konrad Haenisch: „Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkriege" herausgebracht hat, ist von den verschiedensten Seiten*) der Wunsch ausgesprochen worden, die programmatische Rede, die der neue preußische Kultusminister in seiner Eigenschaft als Mitglied des Abgeordnetenhauses am 5. Juni 1918 über Fragen der Schulpolitik gehalten hat, im Druck erscheinen zu lassen. Sie hat geglaubt, sich diesem Wunsch nicht entziehen zu sollen, denn in dieser Rede sind in straffer Zusammenfassung alle die Grundgedanken ausgesprochen, die die sozialdemokratische Schulpolitik bestimmen. Was im Sommer im wesentlichen noch Theorie und Zukunftstraum war, das ist jetzt, nach der großen Umwälzung der letzten Wochen, der unmittelbaren Verwirklichung nahegerückt; hat diese Umwälzung doch die Sozialdemokratie zur herrschenden Partei Deutschlands und den damaligen Fraktionsredner seiner Partei zum preußischen Kultusminister gemacht.

Es ist deshalb nicht nur für jeden Lehrer, sondern auch für alle Eltern, ja für jeden politisch und kulturell Interessierten ein dringendes Gebot der Stunde, sich mit dem schulpolitischen Programm der deutschen Sozialdemokratie, wie es in dieser Rede niedergelegt ist, vertraut zu machen.

Berlin, Ende November 1918.

C. A. Schwetschke & Sohn.

*) So schreibt auch Professor Plenge von der Universität Münster i. W. in seiner jüngsten Broschüre „Durch Umsturz zum Aufbau":

„Vielleicht wäre es nützlich, wenn diese Rede möglichst bald in weiten Kreisen verbreitet würde. Sie könnte über die Verhältnisse, in denen wir gegenwärtig leben, und über die Möglichkeiten der Zukunft ein gut Teil Beruhigung schaffen."

Otto Dreyer, Berlin W. 57, Kurfürstenstr. 19.

Auszug aus dem stenographischen Bericht über die Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses am 5. Juni 1918.

Vizepräsident Dr. Lohmann: Das Wort hat der Abgeordnete Hensel. (Pause.) Es will anscheinend keiner der Herren den Anfang machen. Es bleibt mir also nur die Möglichkeit, die Herren der Reihe nach aufzurufen.

Hensel (Johannisburg), Abgeordneter (kons.): Mir ist erst heute der Auftrag geworden. Ich habe noch kein Material gesammelt und verzichte vorläufig.

Vizepräsident Dr. Lohmann: Das Wort hat der Abgeordnete Haenisch. (Abgeordneter Haenisch: Ich verzichte auch.) An dritter Stelle steht Herr Dr. Mehring auf der Rednerliste. (Pause.) Dieser ist nicht anwesend. Dann hat das Wort der Abgeordnete Dr. Kaufmann.

Dr. Kaufmann, Abgeordneter (Zentr.): Ich bedaure sehr, daß die andern Herren alle streiken; aber unter diesen Umständen denke ich gar nicht daran — —

Vizepräsident Dr. Lohmann: Dann sehe ich voraus, daß wir keine Redner bekommen werden. Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Abgeordnete Adolph Hoffmann.

Adolph Hoffmann, Abgeordneter (u. Soz.-Dem.): Ich kann es wohl begreifen, daß bei einer solchen Zusammensetzung des Hauses die Herren streiken. Dann wäre es vielleicht gut, wenn vertagt würde, bis die Herren hier sind.

Vizepräsident Dr. Lohmann: Ich kann nur die Redner aufrufen. Das Wort hat der Abgeordnete Graue (Brandenburg).

Graue (Brandenburg), Abgeordneter (fortschr. V.-P.): Ich würde auch erst lieber morgen sprechen.

Vizepräsident Dr. Lohmann: Ja, „lieber", das genügt mir nicht, Herr Abgeordneter. Ich frage nur, ob Sie jetzt reden wollen. (Zuruf.) Sie verzichten. — Herr Abgeordneter Lüdicke! (Pause.) Ist nicht da. — Herr Abgeordneter Dr. Blankenburg! (Pause.) Ja, meine Herren, damit ist die Rednerliste erschöpft; es ist kein Redner da. Das Wort hat der Abgeordnete Haenisch. (Zuruf.) — Ich bitte, solche Bemerkungen zu unterlassen.

Haenisch, Abgeordneter (Soz.-Dem.): Meine Herren, auch mir ist es naturlich sehr wenig angenehm, in dieser Situation, wo wir alle annahmen, daß heute die Debatte noch nicht stattfinden würde, zu Worte zu kommen; aber da sonst die ganze Generaldebatte über den Kultusetat ja einfach ausfallen würde — keiner der gemeldeten Herren hat sich bereit erklärt, heute an erster Stelle zu sprechen —, so habe ich mich wohl oder übel bereit finden lassen, heute schon das Wort zu ergreifen — (Zuruf) — nicht als Streikbrecher, wie der Herr Abgeordnete Hoffmann eben sagt, aber im Interesse des Hauses und um der Sache willen, und um den andern Herren die Möglichkeit zu geben, sich nun wenigstens morgen zu äußern.

In der Kommission haben Redner der verschiedenen Parteien bei der Beratung des Kultusetats ihrem lebhaften Bedauern Ausdruck gegeben über den Rücktritt des bisherigen Kultusministers, des Herrn D. v. Trott zu Solz, aus seinem Amte. Sie haben in lebhaften Worten die Verdienste gefeiert, die sich Herr v. Trott zu Solz um die Entwicklung des preußischen Schulwesens in allen seinen Zweigen erworben habe. Der Redner der konservativen Partei hat in der Kommission besonders lebhaft den Anlaß bedauert, aus dem Herr v. Trott zu Solz aus seinem Amte geschieden sei. Dieser Anlaß, der Herrn v. Trott zu Solz zum Rücktritt bewogen hat, war bekanntlich der Juli-Erlaß, der das gleiche Wahlrecht in Preußen ankündigte. Meine Herren, es versteht sich von selbst, daß ich ganz im Gegensatz zu der Auffassung jenes konservativen Herrn Redners der Meinung bin, daß zu irgendeinem Schmerz über diesen Anlaß des Ausscheidens des früheren Herrn Kultusministers nicht der mindeste Grund vorliegt. Im Gegensatz zu jenem konservativen Redner bin ich vielmehr der Meinung, daß dieser Erlaß vom 11. Juli eine der erfreulichsten Kundgebungen war, die die preußische Staatsregierung seit langen Jahren erlassen hat, und ich hätte nur den dringenden Wunsch gehabt, daß der schöne Eifer und die Energie, die damals vor einem Jahre in unsern maßgebenden Kreisen hinter dem Gedanken des gleichen Wahlrechts gestanden hat, auch bis heute vorgehalten hätte. Wenn das der Fall gewesen wäre, dann würden wir wahrscheinlich nicht vor der traurigen Tatsache stehen, daß am ersten Jahrestage des Juli-Erlasses, nämlich am 11. Juli 1918, das gleiche Wahlrecht immer noch nicht zur Wirklichkeit geworden sein wird. Aber, meine Herren, wie dem auch sein mag — ich unterschreibe wenigstens insofern die Worte des konservativen Kommissionsredners, als er Herrn v. Trott zu Solz seine Anerkennung dafür

aussprach, daß er als aufrechter Mann gefallen sei und seiner Überzeugung kein Opfer gebracht habe. Meine Herren, ich wünschte nur, auch die heutigen preußischen Minister hätten, wenn auch nach einer andern Richtung hin, denselben Mut der Überzeugung und blieben auch ihrerseits keinen Tag länger im Amte, wenn das gleiche Wahlrecht von der Mehrheit dieses Hauses verhunzt oder ganz zu Falle gebracht wird.

Aber, meine Herren, auch abgesehen von dem unmittelbaren Anlaß für das Ausscheiden des Herrn v. Trott zu Solz aus seinem Amte haben wir bei diesem Ministerwechsel keinerlei Grund zur Trauer gehabt. So zweifellos Herr v. Trott zu Solz ein tüchtiger Fachminister gewesen ist und auf den verschiedensten Gebieten seines großen Ressorts zu Hause war, so wenig ist er doch seinem ganzen geistigen und politischen Wesenskern nach der Minister gewesen, den Preußen auf diesem ganz besonders wichtigen Posten in dieser Übergangszeit von einem alten, zu Ende gehenden Abschnitt seiner Geschichte in eine neue historische Epoche hinein brauchte. Es ist ein bekanntes Wort, daß man von Toten nur Gutes reden soll. Ich würde es für eine Heuchelei halten, dieses Wort auch auf den Amtstod von Ministern anzuwenden und auch von aus dem Amte geschiedenen Ministern nur Gutes zu reden. Dieses Motto: von den Toten nur Gutes, machen sich bei ministeriellen Sterbefällen ja auch die Parteien der Rechten keineswegs zunutze. Ich erinnere nur an den Haß und die wüsten Beschimpfungen, mit denen Herr v. Bethmann Hollweg von der Rechten noch weit über sein amtliches Grab hinaus verfolgt wurde und wird.

Zu solchem Haß gegen den früheren Kultusminister, zu irgendwelchen Beschimpfungen über seinen amtlichen Tod hinaus haben wir unsererseits keine Veranlassung; aber ebensowenig haben wir Veranlassung, ihm irgendwelche Lobreden hinterdrein zu schicken. Bei der völlig verschiedenen Weltanschauung, die der frühere Kultusminister auf der einen Seite vertrat, und die meine Freunde auf der anderen Seite vertreten, war es unausbleiblich, daß wir mit ihm alle die Jahre hindurch in den heftigsten Fehden auf den allerverschiedensten Teilgebieten gestanden haben. Ich erinnere nur an die außerordentlich heftigen Debatten, die wir an dieser Stelle viele Jahre mit ihm hatten über seine Behandlung der freien Jugendbewegung, in der er eine schwere Staatsgefahr sah, und die er infolgedessen mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen und zu unterdrücken suchte. Ich erinnere weiter an seine unnachgiebige und un-

versöhnliche Haltung in der Frage des Religionsunterrichts der Dissidentenkinder. Ich erinnere weiter an seine durchaus konservative Haltung in der Gesamtfrage der Beziehungen von Staat, Kirche und Schule zueinander, die die Herren vom Zentrum ja durch die famosen sogenannten Sicherungen jetzt für die Dauer in ihrer bisherigen Form schützen wollen, (Zuruf) — famos natürlich in Anführungszeichen, Herr Kollege Heß —, die aber doch allen diesen „Sicherungen" zum Trotz, den veränderten Verhältnissen entsprechend, im neuen Preußen auf neue Grundlagen gestellt werden müssen, wobei von irgendeiner „Religionsfeindschaft" durchaus keine Rede ist. Ich erinnere weiter an die Haltung des Kultusministers in der Frage der politischen Betätigung der Lehrer. Es war unter seinem Regime nicht möglich, daß Lehrer sich ungehindert z. B. sozialdemokratisch betätigten, und auch sonst wurden ihrer freiheitlichen Betätigung oft genug ernste Schwierigkeiten bereitet. Ich erinnere des weiteren an die Art und Weise, wie Herr v. Trott zu Solz dem Ausbau des volkswirtschaftlichen Unterrichts an den Universitäten ablehnend gegenüberstand. Wir haben uns ja über diesen Ausbau des Unterrichts besonders an der Universität Münster und über die von Herrn v. Trott zu Solz da gemachten Schwierigkeiten im vorigen Jahre und auch in diesem Jahre in der Kommission eingehend unterhalten.

Diese Kritik, die ich an der politischen Stellung des früheren Kultusministers zu üben habe, hält mich aber nicht ab, anzuerkennen, daß Herr v. Trott zu Solz in den letzten Jahren wenigstens den Einwirkungen des Krieges gegenüber nicht völlig unzugänglich gewesen ist, daß er, wenn auch sehr widerwillig und sehr schwächlich, doch in dem einen oder anderen Punkte in den letzten Jahren Ansätze zum Umlernen gemacht hat. Herr v. Trott zu Solz hat z. B. in den letzten Jahren — das ist von meinen Freunden im Plenum und in der Kommission offen anerkannt worden — den kleinlichen Polizeikampf gegen die freie Jugendbewegung völlig eingestellt, er hat die paritätische Behandlung der freien Jugendbewegung mit allen übrigen Zweigen der Jugendbewegung formell erklärt und auch praktisch gehandhabt und hat auch sozialdemokratischen Jugendheimen staatliche Unterstützung zuteil werden lassen. Herr v. Trott zu Solz hat auch in der Frage der Vorschule, die ja auch in den Debatten dieses Hauses fast jedes Jahr eine große Rolle gespielt hat, in den letzten Jahren allmählich eingelenkt. Ich erinnere nur an seinen bekannten Erlaß vom Jahre 1916. Auch in der Frage der freien

Schulgemeinden, die ich mehrfach von dieser Stelle behandelt habe, hat Herr v. Trott zu Solz in den letzten Jahren ein wenig nachgegeben, indem er die Anerkennung der in diesen freien Schulgemeinden abgelegten Examina in Preußen in die Wege geleitet hat.

Besonders erfreulich war eine der letzten Amtshandlungen des früheren Kultusministers, nämlich der Erlaß der Denkschrift über die Förderung der Auslandsstudien. Die Denkschrift war, wie ich bereits im vorigen Jahre mir hier auszuführen erlaubte, mit ihrer scharfen Betonung der Notwendigkeit, das deutsche Volk zu „politisieren", eine der erfreulichsten Denkschriften, die überhaupt je aus dem preußischen Kultusministerium hervorgegangen sind. (Sehr richtig!)

Aber trotz alledem, und trotzdem mein Gerechtigkeitsgefühl mich treibt, diese Dinge auch heute offen anzuerkennen, bleibt doch bestehen, daß Herr v. Trott zu Solz alles in allem unser Feind, wenn auch unser ehrlicher und aufrichtiger Feind, gewesen ist, weil er eben eine durchaus konservativ gerichtete Persönlichkeit und als solche für diese Übergangszeit in Preußen für einen Ministerposten nach unserer Auffassung unbrauchbar war. Daß Herr v. Trott zu Solz eine Persönlichkeit gewesen ist in seiner Art, ein ganzer, voller Mann, das erkennen auch wir gern an. Wir hoffen nur, daß sich auch sein Herr Nachfolger, zu dem ich mich jetzt wenden darf, Herr Dr. Schmidt, in seiner Art als kräftige und in sich geschlossene Persönlichkeit zeigen möge, wenn wir auch den dringenden Wunsch haben, daß er diese starke Persönlichkeit nach einer ganz anderen Richtung hin betätigen möge als sein Herr Amtsvorgänger. Der neue Kultusminister ist in allgemeinen kulturpolitischen Fragen vorläufig noch ein unbeschriebenes Blatt. Ich würde, glaube ich, Herrn Dr. Schmidt Unrecht tun, wenn ich ihn beurteilen wollte nach der, wie soll ich sagen, einigermaßen dilatorischen Programmrede, die er bei Beratung seines Etats in der Kommission gehalten hat. Ich begreife durchaus die schwierige Lage, in der sich im Augenblick der preußische Kultusminister befindet, in diesem Augenblick, in dem eine alte Mehrheit in diesem Hause sich, wenn auch sehr widerwillig, anschickt, vom Schauplatz ihrer Tätigkeit abzutreten, und wo wir damit rechnen können, über kurz oder lang eine durchaus andere, eine ganz anders gerichtete Mehrheit in diesem Hause vorzufinden, die versuchen wird, in einem dem bisherigen schroff entgegengesetzten Sinne ihren Einfluß auf das Kultusministerium geltend zu machen. In dieser Zeit, wo solch gewaltige Änderungen bevorstehen, ist es natürlich für den Kultusminister, der heute noch mit der alten Mehrheit arbeiten muß und

selbst davon überzeugt ist, daß er übers Jahr mit einer völlig anders gerichteten Mehrheit wird arbeiten müssen —, in einer solchen Lage ist es natürlich für den preußischen Kultusminister nicht ganz leicht, ein festes, in sich geschlossenes Programm zu entwickeln. Ich verstehe also völlig die Schwierigkeiten, die Herr Dr. Schmidt bei Entwicklung seines Programms in der Kommission hatte, und ich will ihn nicht nach dieser Programmrede beurteilen. Wir stehen dem neuen Kultusminister ohne jedes Mißtrauen und ohne jede Voreingenommenheit gegenüber. Aber ebensowenig habe ich natürlich Anlaß, ihm Vorschußlorbeeren zu erteilen. Unsere Stellung darf ich vielleicht mit dem Ausdruck kennzeichnen: wir stehen ihm gegenüber mit einer gewissen, wenn ich so sagen darf, abwartenden Reserviertheit. Wir werden ihn ausschließlich nach seinen Taten beurteilen. Erkennt der neue Kultusminister die großen schulpolitischen Notwendigkeiten dieser Zeit an, stellt der neue Herr Kultusminister die preußische Schule im weitesten Sinne des Wortes in den Dienst nicht etwa der sozialdemokratischen Partei — das verlangt niemand, daran denke ich nicht —, wohl aber in den Dienst des großen demokratischen Aufstiegs unseres Volkes auf der einen Seite und in den Dienst der sozialistisch organisatorischen Zusammenfassung aller Volkskräfte auf der anderen Seite, meine Herren, dann ist ihm unsere wärmste Unterstützung, unsere tatkräftigste Mitarbeit sicher. Stellt sich aber Herr Dr. Schmidt diesen großen geschichtlichen Notwendigkeiten hemmend in den Weg, so werden meine Freunde ihn ebenso scharf bekämpfen, wie wir seinen Herrn Vorgänger bekämpft haben, ja, wir werden ihn noch schärfer bekämpfen, einmal, weil die Anforderungen an den Minister in dieser Zeit größer geworden sind, und dann, weil später auch unsere Macht, auf das Kultusministerium Einfluß zu nehmen, größer als heute geworden sein wird.

Wenn ich nun dazu übergehe, in ein paar ganz groben Strichen die großen Grundlinien des schulpolitischen Programms meiner Partei zu entwickeln, so möchte ich mich bei der heutigen Generaldebatte ganz auf das Allgemeine beschränken; die Besprechung von Sonderfragen behalte ich für die Einzelberatung der nächsten Tage meinen Parteifreunden und mir vor. Meine Herren, ausscheiden will ich heute besonders die ganze Frage des Verhältnisses zwischen Kirche, Schule und Staat, die ja an dieser Stelle schon wer weiß wie oft erörtert worden ist. Ich möchte dieses Parlament nicht noch mehr, als im Wesen des Parlaments überhaupt liegt, zu einer Halle der Wiederholungen machen. Ich will deshalb darauf verzichten, das

über diesen Gegenstand 99mal Gesagte heute zum hundertstenmal zu wiederholen. Auch über den Antrag Friedberg, der sich mit dem Religionsunterricht der Dissidentenkinder beschäftigt, will ich mich heute nicht verbreiten. Das habe ich im letzten Oktober ja sehr ausführlich getan. Ich will nur in aller Kürze mein lebhaftes Bedauern darüber aussprechen, daß der Mann, auf dessen Namen dieser Antrag läuft, Herr Dr. Friedberg, weder in seiner Eigenschaft als Mitglied des Hauses noch in seiner Eigenschaft als Vizepräsident des Staatsministeriums bisher Veranlassung genommen hat, etwas mehr Dampf hinter die Erledigung dieses seines eigenen Antrages zu setzen. Meine Herren, es ist bekannt, daß der Antrag im Oktober vorigen Jahres an die verstärkte Unterrichtskommission zur nochmaligen Beratung zurückverwiesen worden ist. Trotzdem seit dem Oktober 1917 nun fast 3/4 Jahre verflossen sind, hat die verstärkte Unterrichtskommission noch nicht eine einzige Sitzung mit diesem Antrage abgehalten. Meine Herren, ich bedauere diese Verschleppung an sich auf das Lebhafteste, aber ich erkenne an, daß sie im Endeffekt doch vielleicht insofern ihr Gutes hat, als die Frage nunmehr wahrscheinlich gar nicht mehr von diesem Hause in seiner alten Zusammensetzung erledigt werden wird, wobei ja doch im besten Falle nur ein mehr oder minder faules Kompromiß herausgekommen wäre, sondern daß jetzt die Hoffnung vorhanden ist, daß diese ganze Frage mit sehr vielen andern Fragen dem neuen Hause, das auf Grund des gleichen Wahlrechtes gewählt sein wird, zur Beratung überlassen bleibt.

Wenn ich mich nunmehr zu unsern Grundgedanken über die Schulreform selbst wenden darf, so möchte ich von vornherein sagen, daß ich den Begriff „Schule" in seinem allerweitesten und umfassendsten Sinne auffassen möchte. Ich möchte die Schule begreifen, angefangen von den Kinderhorten an bis zu den Universitäten und Akademien hinauf.

Meine Herren, bei der Erwähnung der Kinderhorte darf ich in Parenthese vielleicht darauf hinweisen, daß für diese Kinderhorte ja in dem Dispositionsfonds des Herrn Ministers abermals eine Summe ausgeworfen ist, der zehnte Teil des eine halbe Million betragenden Dispositionsfonds, nämlich 50 000 ℳ. In der Kommission habe ich mir bereits darauf hinzuweisen erlaubt, daß diese Summe von 50 000 ℳ für die Kinderhorte ganz ungenügend ist. Durch die sozialen Anforderungen, die die Kriegsverhältnisse gestellt haben, durch das Fernsein der Väter von der Familie, durch

die massenhafte Fabrikarbeit der Mütter sind die sozialen Aufgaben der Kinderhorte gegenüber der Friedenszeit ins Ungeheure gewachsen, und wie ich das schon in der Kommission getan habe, so möchte ich auch heute den Wunsch aussprechen, daß aus dem Dispositionsfonds schon in diesem Jahre eine größere Summe als jene 50 000 ℳ für die Zwecke der Kinderhorte zur Verfügung gestellt und daß im nächsten Jahre von vornherein eine beträchtlich größere Summe für dieser Zweck ausgeworfen wird. Die nähere Begründung habe ich in der Kommission gegeben und ich darf auf das verweisen, was darüber in der Kommission von mir und auch von dem Herrn Abgeordneten Dr. Blankenburg ausgeführt worden ist.

Meine Herren, anknüpfen möchte ich zur Sache selbst nun an eine Äußerung, die der Herr Minister in der Kommission getan hat, als er sein schulpolitisches Programm entwickelte. Er sagte da: er werde es für seine Hauptaufgabe halten, die Schule völlig freizuhalten von dem Streite der Tagesmeinungen und vom Kampfe der politischen Parteien; er werde sich ausschließlich die Pflege des rein pädagogischen Moments und die Fürsorge für das Schultechnische im engeren Sinne zur Aufgabe machen. Das war dem Sinne nach das, was der Herr Minister in der Kommission darüber sagte. Meine Herren, wenn das die große Richtlinie für die Schulpolitik des Herrn Kultusministers sein soll, so möchte ich sagen, daß diese Richtlinie richtig und falsch zugleich ist. Richtig ist sie insofern, als selbstverständlich auch unserer Auffassung nach die Schule unter keinen Umständen eine Parteischule im engeren Sinne des Wortes sein kann und sein soll. Meine politischen Freunde haben stets hier im Hause und außerhalb des Hauses den Mißbrauch bekämpft, der oft genug mit der Schule zu parteipolitischen Zwecken getrieben worden ist. Wir haben es bekämpft, wenn etwa der Geschichtsunterricht, der Religionsunterricht in der Schule gelegentlich in den Dienst enger konservativer Parteianschauungen gestellt wurde, und umgekehrt verlangen wir natürlich auch durchaus nicht, daß die Schule in den Dienst der sozialdemokratischen Partei gestellt werde, daß etwa dem volkswirtschaftlichen Unterricht, dessen Ausbau wir fordern, das Erfurter Programm oder das kommunistische Manifest zugrunde gelegt werden, daß dem politischen, dem staatsbürgerlichen Unterricht, den wir gleichfalls fordern, das neue Aktionsprogramm meiner Partei oder die Agitationsschriften von Bebel, Lassalle und anderen zugrunde gelegt werden und dem Geschichtsunterricht die Werke etwa Herrn Dr. Mehrings. Davon kann keine Rede sein. Meine Herren, jede Einpressung der Jugend in das Prokrustesbett bestimmter politischer oder religiöser Überzeugungen halten wir für außerordentlich verderblich. Die Jugend muß sich in späteren Jahren nach der Schulzeit ihre politischen ebenso wie ihre religiösen Anschauungen völlig selbständig erwerben. Eine in der Schule aufgepfropfte politische und religiöse Weltanschauung ist unserer Auffassung nach wertlos. Aufgabe der Schule kann und soll es nur sein, der Jugend Bausteine, Material, Mittel an die Hand zu geben, mit deren Hilfe sie sich später eine selbständige politische und religiöse Weltanschauung zimmern kann. Es ist einfach ein grober Unfug, die Schuljugend bereits parteipolitisch nach der einen oder anderen Richtung hin abstempeln zu wollen. Dazu ist die Jugend noch nicht reif, und sie ist auch viel zu schade dazu.

Wenn also, in diesem engeren Sinne angesehen, die Richtlinie, die der Herr Kultusminister für sein schulpolitisches Programm aufgestellt hat, unzweifelhaft richtig ist, so wäre sie auf der anderen Seite durchaus falsch, wenn Herr Dr. Schmidt damit etwa hätte sagen wollen, daß er es für möglich oder gar für wünschenswert halte, die Schule als Ganzes völlig unberührt zu bewahren vom Parteikampfe im großen historischen Sinne des Wortes, um mich einer Wendung zu bedienen, die Ferdinand Freiligrath einmal geprägt hat. Ich müßte dem Minister aufs schärfste widersprechen, wenn er etwa hätte sagen wollen, es sei möglich, die Schule als Ganzes frei zu halten von dem großen Kampf der Geister, von dem gewaltigen Ringen der Weltanschauungen. Meine Herren, das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Die Schule — das wird mir auch der Herr Kultusminister zugeben — existiert nicht im luftleeren Raum. Die Schule ist ein ganz besonders wichtiger und bedeutungsvoller Teil des Volksorganismus selbst, und sie wird von allen Entwicklungen und von allen Erschütterungen, die den Volksorganismus treffen, in besonders intensiver Weise berührt. Ich möchte die Schule vergleichen mit einem sehr feinen und empfindlichen Seismographen, der ein Erdbeben in einem noch so entfernten Teile des nationalen Körpers sofort anzeigt, sofort darauf reagiert, oder, um ein anderes Bild zu gebrauchen: die Schule ist ein Spiegelbild der im sozialen, politischen und allgemein kulturellen Leben der Nation vorherrschenden und miteinander ringenden Tendenzen. Ändern sich diese Tendenzen, so ändert sich naturgemäß auch das Bild der Schule. Jeder gesellschaftlichen Umwälzung muß über kurz oder lang die Schule nachfolgen. Tut sie das nicht, zieht die Schule

nicht im weitesten Sinne auch ihrerseits aus diesen großen gesellschaftlichen Umwälzungen die Konsequenzen, so wird sie unweigerlich im Laufe der Zeit zu einem rudimentären Organ, zu einem leblosen, bedeutungslosen Anhängsel am Volkskörper. Gewiß, meine Herren, erfolgt dieses Nachfolgen der Schule hinter den großen gesellschaftlichen Umwälzungen nicht immer von heute auf morgen, nicht automatisch; es entstehen Spannungszustände, Reibungen, genau wie im politischen Leben, wenn die politischen Einrichtungen den großen gesellschaftlichen Neuerungen folgen sollen. Solche Spannungszustände sehen wir sowohl in der allgemeinen Staatspolitik wie auch in der Schulpolitik gerade heute. Diese Krise ist ja gewissermaßen geradezu das Kennzeichen unseres heutigen Übergangszustandes in staatspolitischer wie in schulpolitischer Beziehung.

Meine Herren, es wäre an sich sehr verlockend, hier den Versuch zu machen, diese sehr engen Zusammenhänge zwischen der allgemeinen kulturellen Entwicklung eines Volkes und der Entwicklung seines Schulwesens im einzelnen an der Hand der Geschichte aufzuzeigen. Aber eine Parlamentsrede ist kein akademischer Vortrag und soll es nicht sein; ich verzichte deshalb darauf, Ihnen das an Hand der Entwicklung unseres Schulwesens, angefangen von den mittelalterlichen Klosterschulen bis hin zu den Technischen Hochschulen unserer Zeit, des näheren zu erläutern. Nur auf eins lassen Sie mich hinweisen, und darauf kommt es mir in diesem Zusammenhange ganz besonders an.

Unsere heutige Schule trägt in ihren wesentlichen Zügen noch alle Merkmale der liberal-individualistischen Epoche des 19. Jahrhunderts, unter die dieser Weltkrieg, wenn man die Sache einmal historisch, einmal von einer höheren Warte auffaßt, unter allen Umständen den Schlußstein setzen wird. Am Beginn dieser liberal-individualistischen Epoche standen die großen Ideen von 1789, die großen Ideen der Befreiung der Menschheit von allen den alten Bindungen, unter denen sie bisher gestanden hatte, der Befreiung des Individuums von den ökonomischen Fesseln der Zunft, der Gilden, von den politischen Fesseln des absoluten Staates, von den geistigen Fesseln der Kirche. An der Eingangspforte zu dieser liberal-individualistischen Epoche stand die große Erklärung der Menschheitsrechte, ein Dokument von Ewigkeitswert, den auch wir Sozialisten anerkennen. Auch wir bestreiten nicht, daß diese nun zu Ende gehende kapitalistisch-liberale Epoche zweifellos Gewaltiges geleistet hat, daß sie in ökonomischer und kultureller Beziehung ganz andere

Wunderwerke hervorgezaubert hat als sonst viele Jahrtausende, daß sie die Entwicklung der Menschheit enorm vorwärts gebracht hat.

Aber diese Glanzseiten der liberal-individualistischen Epoche haben auch ihre Kehrseiten. Sie bestehen vor allen Dingen darin, daß in dieser Epoche die unter dem Kapitalismus lebende Menschheit gewissermaßen atomisiert wurde, daß das Individuum aus allen seinen alten Bindungen und Beziehungen herausgelöst und völlig auf sich selbst gestellt wurde. Das hat sich im Schulwesen geltend gemacht und widergespiegelt in der Überschätzung des reinen Intellektualismus und in der Unterschätzung des Erziehungsmomentes, der Willens- und Charakterbildung auf unseren Schulen. Die Schulen des liberal-individualistischen Zeitalters sahen ihre wesentlichste Aufgabe darin, dem Kinde ein mehr oder minder großes Maß — auf den höheren Schulen ein größeres, auf den Volksschulen ein minder großes Maß — von abstrakten Kenntnissen zu vermitteln und nun den jungen Mann und das junge Mädchen in die Welt hineinzusetzen: nun sieh zu, wie du damit allein fertig wirst! Die Sprichwörter, die man unseren Jungens mit auf den Lebensweg zu geben pflegte: „Hilf dir selbst, so hilft dir Gott", „Dem Starken hilft Gott", „Jeder für sich, Gott für uns alle", „Jeder ist seines Glückes Schmied", — alle diese Sprichwörter, die natürlich ihre relative Berechtigung gehabt haben und auch heute noch behalten, sie kennzeichnen den ganzen individualistischen Geist, der in unserem Unterrichtswesen in dieser ganzen Epoche geherrscht hat. Mit einem Wort: von der Schule dieses liberal-individualistischen Zeitalters wurde der Mensch im wesentlichen isoliert angesehen, als Einzelindividuum; er wurde aber nicht betrachtet als zoon politikon, als gesellschaftliches Lebewesen. Das große Manko, das sich daraus entwickelte, war das fast völlige Fehlen der Vermittlung von staatsbürgerlichen und volkswirtschaftlichen Kenntnissen durch die Schule und das völlige Fehlen der Vermittlung einer staatsbürgerlichen und sozialen Gesinnung.

Meine Herren, aus diesem liberal-individualistischen Zeitalter aber kommen wir nunmehr durch diesen Krieg und mit diesem Kriege mit Siebenmeilenstiefeln heraus. Meine Herren, die Ideen von 1789, die jenes Zeitalter beherrscht haben, verblassen immer mehr und an ihre Stelle treten in immer höherem Maße die Ideen — wie man sie genannt hat — von 1914. Meine Herren, mit diesen Ideen von 1914 — das ist ein Ausdruck, der von Herrn Professor Plenge geprägt worden ist — sind selbstverständlich nicht gemeint die Ideen eines überschäumenden Nationalismus und Chauvinismus, sind nicht ge-

meint die Ideen der Völkerverhetzung, die diese ganzen Jahre hindurch geherrscht haben, es sind nicht damit gemeint die Ideen der Zerstörung, der Barbarei, jener Unsummen von Blut und Elend, Not und Tod usw., die diese letzten Kriegsjahre kennzeichnen. Nein, meine Herren, wenn wir von den Ideen von 1914 sprechen, so soll damit gesagt sein, daß — ganz gegen den Willen derer, die an der Wiege dieses Krieges gestanden haben — sich in diesem Kriege und durch diesen Krieg durchgesetzt hat in immer höherem Maße das große volkswirtschaftliche, das große sozialistische Prinzip der Organisation. Meine Herren, ich will damit selbstverständlich in keiner Weise ein Loblied auf den sogenannten Kriegssozialismus singen; nichts kann mir ferner liegen als dies. Dieser „Kriegssozialismus" ist in den Debatten der letzten Monate von dieser Stelle aus von meinen Parteifreunden wiederholt mit vollem Rechte in der schärfsten Weise kritisiert worden. Ich erinnere an die Reden, die mein Parteifreund Braun zur Beratung der Lebensmittelversorgung und mein Parteifreund Hue bei der Beratung des Handelsetats darüber gehalten haben. Meine Herren, mit meinen Parteifreunden Braun und Hue bin auch ich durchaus der Meinung, daß dieser Kriegssozialismus den schönen Namen Sozialismus eigentlich gar nicht verdient, sondern nichts anderes ist als ein recht elender und unbrauchbarer Sozialismus*ersatz*. Er leidet daran, daß er kapitalistisch durchseucht ist, er leidet an einer unerträglichen Rücksichtnahme auf einseitige Erzeuger- und Händlerinteressen. Seine Durchführung könnte kaum schwächlicher, zaghafter und dilettantischer sein, als sie gewesen ist. Trotz alledem, meine Herren, bleibt die große geschichtliche Wahrheit bestehen — darum kommen Sie alle nicht herum —, daß ausschließlich der, wenn auch noch so schwächliche und noch so zaghafte Übergang vom reinen Individualkapitalismus zur organisierten Volkswirtschaft es gewesen ist, der uns in diesem schwersten Lebenskampf unseres Volkes gerettet hat. Und wenn ich mich einmal einen Augenblick auf den Standpunkt eines Kulturhistorikers der künftigen Jahrhunderte stellen darf, so möchte ich die Frage an Sie richten: was wird dieser Kulturhistoriker künftiger Jahrhunderte wohl als die bedeutsamsten Daten dieser ganzen letzten Jahre kennzeichnen? Ich bin überzeugt, daß dieser Kulturhistoriker, der ja die Dinge von einer höheren Warte übersehen kann als wir heute, nicht den Tag von Tannenberg, nicht den Tag der großen Seeschlacht am Skagerrak und auch nicht die großen Offensivtage dieses Frühsommers als die bedeutendsten historischen Daten des Weltkrieges ansehen wird, sondern die Tage, an denen in Deutschland die Brotkarte und das Hilfsdienstgesetz eingeführt worden sind. (Zuruf.) Nein, durchaus nicht, Herr Kollege Heß. Ich sage das nicht, um das Brotkartensystem oder das Hilfsdienstgesetz in ihren Einzelheiten zu loben und zu verteidigen. Ich weiß genau so gut wie Sie, wie schwächlich das alles ist, wie viel Scherereien und Ungelegenheiten das alles dem Volke bereitet hat. Aber trotz alledem bleibt bestehen — das wird auch Herr Dr. Heß anerkennen müssen —, daß sich in diesen beiden Tatsachen — ich greife nur die bedeutsamsten heraus — zum ersten Mal ein völlig neues Wirtschaftsprinzip siegreich durchgesetzt hat, weil eben mit dem alten Wirtschaftsprinzip nicht mehr auszukommen war. Als die Not am höchsten war für unser Volk, für unser Land und Reich, da kamen Sie mit dem alten individuellen Kapitalismus nicht weiter, da mußten Sie wohl oder übel zu Hausrezepten aus der sozialistischen Apotheke greifen, und ihnen allein verdankt unser Volk seine Rettung. (Zuruf). Herr Kollege Rambohr, es kommt doch wirklich nicht darauf an, ob Sie oder ich persönlich unter dem Kriegssozialismus leiden, es kommt nicht darauf an, ob uns die Dinge heute unbequem sind, sondern welche Bedeutung diese Maßnahmen im Rahmen des ganzen, großen historischen Prozesses haben, und da ist es trotz Ihres Widerspruchs doch wahr, daß unser Vaterland allein diesen Maßnahmen seine Rettung verdankt und daß mit diesen Maßnahmen sich zum ersten Male ein neues großes Wirtschaftsprinzip durchgesetzt hat. Wir sind ganz gewiß heute noch nicht in jenen klassenlosen Sozialismus hineingekommen, wie er uns Sozialdemokraten immer vorgeschwebt hat und wie er nach wie vor unser Ziel ist. Auch nach dem Kriege wird es selbstverständlich noch Mehrwertaneignung durch den Kapitalismus geben, es wird auch nach dem Kriege noch Klassengegensätze und Klassenkämpfe der schwersten Art geben; aber ebensowenig wie das Zeitalter, in das wir nach dem Kriege hineinkommen werden, der reine Sozialismus im Sinne meiner Partei sein wird, ebensowenig wird es mehr sein der alte reine Individualkapitalismus aus der Zeit vor dem Kriege. Wir kommen durch den Krieg hinein in ein Übergangszeitalter vom Kapitalismus zum Sozialismus, in das Zeitalter der großen organisierten Staatswirtschaft, in ein Zeitalter also, das gerade auch an unser Unterrichtswesen ganz neue und andersartige Anforderungen stellen wird. Es wird für den Sozialisten, der den Krieg als solchen natürlich auf das tiefste bedauert, sehr schwer, das anzuerkennen, aber es ist doch eine historische Wahrheit, daß dieser Krieg ein doppeltes Gesicht, einen

Januskopf hat: hier jenes Medusenhaupt, das wir alle zur Genüge kennen, jenes schauerliche Schreckensantlitz, das uns Tag für Tag nicht losläßt, das uns nächtlicherweile im Traum verfolgt, das furchtbare Gesicht der Zerstörung des Todes, das Gesicht der Vernichtung, des Blutes und der Tränen. Aber der Krieg hat noch ein zweites Gesicht: derselbe Krieg, der ein so furchtbarer Zerstörer und Vernichter ist, der so furchtbares Elend, der solche Not und solch Entsetzen im Gefolge hat, derselbe Krieg — das will die Dialektik der Geschichte so — ist zugleich auch zu dem größten Revolutionär der Geschichte geworden, der unendlich viel Morsches und Lebensunfähiges niedergestampft und der die Entwicklung zur Demokratie und zum Sozialismus in einer Weise beschleunigt hat, wie das vor 1914 niemand für möglich gehalten hätte. Der Krieg ist eine Lokomotive der Weltgeschichte, er ist ein gewaltiger Revolutionär wider den Willen gerade der Leute, die an seiner Wiege gestanden haben. Es will die grandiose Ironie der Weltgeschichte, daß derselbe Krieg, der meine eigene Partei, die Sozialdemokratie, in schwerste innere Kämpfe und Strudel gestürzt hat, dem Sozialismus und der Demokratie in gewaltigstem Maße die Wege geebnet hat. (Zuruf) — Es wird mir eben von Herrn Rambohr zugerufen: „Auch Sie werden den Tag segnen, an dem der Kriegssozialismus beseitigt ist." Herr Rambohr will ebenso wie andere Herren, die früher schon ähnliche Äußerungen getan haben, damit sagen, daß der Kriegssozialismus sich nicht bewährt habe. Aber warum hat er sich nicht so bewährt, wie er sich hätte bewähren können? Das hat er deshalb nicht getan, weil wir jetzt im Kriege noch lange nicht genug Sozialismus gehabt haben, und vor allem, weil wir im Frieden früher viel zu wenig Sozialismus gehabt haben, und gerade hier zeigt sich wieder der enge Zusammenhang zwischen den Gedanken, die ich eben erörtert habe, und den großen Problemen der Schulreform, die uns heute beschäftigen. Wie war denn vor dem Kriege das Fühlen und Denken unseres ganzen Beamtenstandes eingestellt? Weder unsere Gymnasialbildung noch unsere Realbildung hatte dem werdenden Beamten irgendwelche ernsthaften Wirtschaftskenntnisse mit auf den Weg gegeben, und ebensowenig hat seine im wesentlichen rein juristische Vorbildung es ihm ermöglicht, irgendwelche tiefgründigen volkswirtschaftlichen Kenntnisse und Erkenntnisse zu erwerben. Unser ganzer alter aus unserem bisherigen Schulsystem hervorgegangener Beamtenstaat ist in erster Linie gedacht gewesen, als ein Herrschaftsinstrument über Menschen und nicht gedacht als Verwaltungsorganisation für Wirtschaftsgüter. Daraus ergab sich dann das Versagen unseres Beamtenorganismus, unserer ganzen inneren Verwaltung in diesem Kriege. Was verstanden denn unsere Beamten, angefangen vom Bürgermeister bis hinauf zum Minister und Staatssekretär, als der Krieg losbrach, von Wirtschaftsfragen? Es ist von konservativer Seite wiederholt geklagt worden — ich glaube von Herrn Dr. Hoesch und anderen —, wie wenig die Verwaltungsherren von landwirtschaftlicher Technik, von landwirtschaftlicher Produktion verständen. Es hat sicher viele unter unseren Beamten gegeben — Sie nicken mir zu —, die wenig Ahnung davon hatten, wieviel Aussaat an Kartoffeln gebraucht wurde, um ein bestimmtes Produkt an Kartoffeln zu erzielen; es hat sicher viele Minister und höhere Beamte aller Art gegeben, die Roggen nicht von Weizen und Gerste nicht von Hafer unterscheiden konnten. (Zuruf) — Sie rufen mir zu: „das gilt für alle Großstädter." Vielleicht — aber ich rede jetzt in erster Linie von Beamten. So ist es: wie sie in Unkenntnis waren über landwirtschaftliche Fragen und Fragen des landwirtschaftlichen Wirtschaftswesens, so waren sie auch in Unkenntnis über alle Fragen der industriellen Produktion und des Welthandels. Nun mit einem Male sollten sie z. B. über die Frage Bescheid wissen, welche Erze zur Verhüttung notwendig sind, in welchem Verhältnis gewisse Kohlensorten zu gewissen Erzsorten bei der Produktion korrespondieren müssen. Nun sollten sie plötzlich wissen, was für Ersatzstoffe denkbar sind für die ausfallenden Textilstoffe, Baumwolle, Wolle, jetzt sollten sie plötzlich wissen, woher wir Ersatzstoffe für das fehlende amerikanische und rumänische Petroleum nehmen sollten, sollten die schwierigsten Valutafragen sachkundig beurteilen usw. usw. Von all den tausend Wirtschaftsfragen, vor die unser Beamtenkörper gestellt wurde, hatte er nie etwas gehört, von allen denen verstand er nichts. Infolgedessen mußte er ja geradezu versagen, weil er eben seiner ganzen alten Vorbildung nach im wesentlichen aufs Regieren und nicht aufs Verwalten eingestellt war. Darum hatte er ja vor dem Kriege auch alle jene von sozialdemokratischer Seite gegebenen Anregungen abgelehnt, die darauf hinausgingen, unser ganzes Wirtschaftsleben besser durchzuorganisieren. Wie oft haben wir gefordert, immer wieder und immer wieder — ich könnte das aus den Reichstagsakten nachweisen —: schafft uns eine gute Produktionsstatistik, eine gute landwirtschaftliche und industrielle Produktionsstatistik, schafft uns eine Statistik darüber, was erzeugt und was verbraucht wird! Alles das ist abgelehnt worden. Wie oft haben wir im Reichstag

die Errichtung eines großen Reichswirtschaftsamtes gefordert, wie oft haben wir gefordert, daß in den Einzelstaaten Wirtschaftsämter eingeführt werden, daß die einzelnen Kommunen Wirtschaftsämter einführen! Wir haben vor dem Kriege tauben Ohren gepredigt. Von alledem haben Sie nichts wissen wollen, weil die nur juristisch vorgebildeten Beamten für all das kein Verständnis hatten, weil sie meinten, es genüge, wenn sie nur den Paragraphenwust unseres Strafgesetzbuchs und unseres bürgerlichen Rechts gründlich beherrschten.

Unter diesen Umständen mußte ja, als nun plötzlich bei Kriegsausbruch die Wirtschaftsfragen zu den brennendsten Fragen wurden, der ganze Kriegssozialismus so elend versagen. Und nur darüber muß man staunen, daß dies Versagen nicht noch viel schlimmer war, daß immerhin die Versorgung unseres 70-Millionen-Volkes von einigen Zentralstellen her wenigstens notdürftig funktioniert hat!

Und diese fehlerhafte, diese mangelhafte, einseitige Vorbildung unseres ganzen Beamtentums wird sich nach dem Kriege erst recht rächen! Denn gerade nach dem Kriege kommen wir in vollen Gegensatz zu der Auffassung, die mir die Herren Dr. Heß und Rambohr zurufen, mit Volldampf in das Zeitalter der organisierten Volkswirtschaft hinein, da gehen wir nicht aus dem wirtschaftlichen Organisationswesen heraus, da gelangen wir erst recht in die organisierte Volkswirtschaft hinein. Dann treten an uns die großen Fragen des Wiederaufbaues der Wirtschaft, des Wiederaufbaues des Eisenbahnwesens, der Neuorganisation unseres ganzen Wasserstraßenwesens usw. heran. (Zuruf.) — Jawohl, ich rede zur Sache, das sind im Grunde alles durchaus Schulfragen! Ich weise hier doch nach, Herr Dr. Kaufmann, wie sehr bei der bisherigen Vorbildung, die volkswirtschaftlich und politisch völlig ungenügend war, unser Beamtentum versagt hat und versagen mußte. Ich zeige, welche großen Aufgaben uns nach dem Kriege bevorstehen und wie deshalb auch die Vorbildung der Beamten und des ganzen Volkes ganz anders werden muß.

Es ist übrigens ja nicht meine Schuld, daß ich heute schon spreche. (Heiterkeit) Die Herren hatten ja Gelegenheit, vor mir das Wort zu ergreifen. Nachdem ich aber für Sie in die Bresche gesprungen bin, meine Herren, und ich gegen meinen Willen heute schon das Wort genommen habe, um diese ganze Kultusdebatte überhaupt erst zu ermöglichen, erlauben Sie mir wohl, nun auch zu Ende zu sprechen in dem Sinne, wie ich es für wünschenswert und notwendig halte.

Ich knüpfe also wieder da an, wo ich eben aufgehört habe. Wir kommen nach dem Kriege in die Zeit des volkswirtschaftlichen Wiederaufbaus unseres ganzen Wirtschaftslebens, des Wiederaufbaus unseres Eisenbahnwesens, der Schaffung eines großen und umfassenden Kanalnetzes. Wir kommen in die Zeit umfassender Staatsmonopole, um unser ganzes Finanzwesen auf eine neue gesunde Grundlage zu stellen. Sie alle wissen, welche Monopole kommen werden: Versicherungs-, Elektrizitäts-, Tabak-, Petroleummonopol, Bergbauverstaatlichung usw. Wir kommen in die Zeit einer staatlich geregelten Einfuhr und Ausfuhr. Was wir jetzt erleben: die Einfuhr- und Ausfuhrverträge mit der Ukraine, Schweiz, Holland sind ja nur Vorspiele; in Zukunft wird der Staat die ganze Einfuhr und Ausfuhr, die Verteilung der Rohstoffe an die einzelnen Produzenten regeln. Meine Herren, dann werden an die Vorbildung unserer Beamten und an ihre volkswirtschaftlichen Kenntnisse so ungeheure neue Anforderungen gestellt werden, daß wir unter keinen Umständen mit der Art mehr auskommen, wie unser Beamtentum volkswirtschaftlich und politisch bisher ausgebildet worden ist.

Meine Herren, wir kommen aber nicht nur mit dem Krieg in das Zeitalter der organisierten Staatswirtschaft hinein, sondern wir kommen zugleich hinein in ein großes demokratisches Zeitalter, in das Zeitalter, wenn Ihnen das besser klingt, eines großen allgemeinen Staatsbürgertums.

Es ist hier vor einigen Wochen bei der zweiten Lesung der Wahlrechtsvorlage von konservativer Seite lebhaft über die mangelnde politische Reife des preußischen Volkes geklagt worden. Weil das Volk politisch nicht reif genug sei, ist gesagt worden, müsse man ihm das gleiche Wahlrecht verweigern. Soweit dieser Vorwurf der mangelnden politischen Reife insbesondere die sozialistische Arbeiterschaft treffen soll, und soweit er Fragen der inneren Politik treffen soll, muß ich ihn als durchaus unberechtigt zurückweisen. Ich denke nicht daran, den Arbeitern demagogisch schmeicheln zu wollen; das wäre unwürdig, und Schmeichler vor Volksthronen sind ebenso traurige Gesellen wie Schmeichler vor Königsthronen. Ich weiß genau, was auch der sozialistischen Arbeiterklasse noch fehlt, was ihr wie jeder andern lange unterdrückten und ausgebeuteten Klasse an Lastern und Gebrechen noch anhaftet. Was aber die Frage der politischen und geistigen Regsamkeit betrifft und die politische Reife, so kann es die deutsche Arbeiterklasse, besonders soweit sie sozialistisch ist, ruhig

mit allen andern Klassen des Volkes dank der Erziehung durch die Sozialdemokratie aufnehmen.

Meine Herren, sehen wir aber einmal von der sozialistischen Arbeiterklasse insbesondere und den Fragen der innern Politik ab. Nehmen wir einen allgemeinen Querschnitt unseres Volkskörpers! Da gebe ich Ihnen gern zu, daß die politische und volkswirtschaftliche Erziehung noch sehr viel bei uns zu wünschen übrig läßt. In der äußern Politik trifft das mehr oder minder für alle Parteien zu. In der äußern Politik — ich spreche ganz offen — gebe ich auch für meine Partei zu, daß wir noch sehr viel zu lernen haben. Wir haben vor dem Krieg das Ausland nicht immer so, wie es ist, gesehen, und haben da viel falsche Illusionspolitik getrieben.

Aber woran liegt denn alles in allem diese von Ihnen so beklagte politische Unreife des deutschen Volkes? Sie liegt einmal daran, daß wir noch ein verhältnismäßig junger Staat sind, mit junger Politik und besonders junger Auslandspolitik; es liegt weiter aber auch daran, daß der alte Obrigkeitsstaat systematisch das Volk von der Beschäftigung mit der Politik ferngehalten hat, daß er das Volk nicht dazu kommen ließ, intensiv an der Gestaltung seiner eigenen Geschicke teilzunehmen, besonders an der äußeren Politik, die ja leider immer als eine Art Geheimwissenschaft behandelt wurde, zu der nur die auserwählten Geister Zutritt haben durften. — Nun, meine Herren, wie diese Auserwählten aussehen, das haben ja zur Genüge der Graf Luxburg, der Fürst Lichnowsky und ähnliche Geister gezeigt! Meine Herren, wenn das Volk politisch reifer werden soll, so muß es politisch größere Rechte haben; wer schwimmen lernen will, muß nun einmal ins Wasser hineingehen. Meine Herren, geben Sie dem Volke das Wahlrecht, das Mitbestimmungsrecht an den politischen Fragen, dann sollen Sie sich nicht länger über seine politische Unreife zu beklagen haben!

Aber, meine Herren, diese größere politische Praxis, die wir dem Volke wünschen, muß Hand in Hand gehen mit einer bessern theoretischen Schulung des Volkes in allen politischen und volkswirtschaftlichen Fragen. Und so, meine Herren, stoßen wir auch bei der Frage der politischen Reife des Volkes, genau so wie vorher bei der Frage seiner wirtschaftlichen Tüchtigkeit, wieder auf schwere Mängel in unserer Schulverwaltung. Meine Herren, die Kenntnis des 19. und 20. Jahrhunderts, soweit sie über das rein Anekdotische hinausgeht, die Staatengeschichte, meine Herren, in Verbindung mit der politischen und Wirtschaftsgeschichte ist an unsern Schulen, auch an unsern höheren Schulen, bisher äußerst stiefmütterlich behandelt worden. Wir brauchen einen weit bessern staatsbürgerlichen und politisch-geschichtlichen Unterricht an unsern Schulen aller Stufen; das wird ganz wesentlich dazu mit beitragen, die mangelnde politische Reife unseres Volkes zu beseitigen. Kleine Staaten wie Schweden, Dänemark und Holland sind uns in diesen Dingen nicht nur zeitlich, sondern auch sachlich weit voraus.

Meine Herren, worauf aber will ich mit all dem hinaus? (Zuruf) — Ich bedaure, wenn Sie das noch nicht gemerkt haben, Herr Dr. Kaufmann; das liegt aber nicht an mir, sondern ausschließlich an Ihnen. Ich sollte meinen, daß diese Zusammenhänge zwischen Leben, Wirtschaft und Schule sehr einleuchtend sind! — Meine Herren, ich will mit all dem sagen, daß wir für diese neue Zeit, die so gewaltige Anforderungen an unser Volk stellen wird, alle Kräfte jedes einzelnen Mannes aus dem Volke und jeder einzelnen Frau aus dem Volke restlos mobil machen müssen. Die großen Anforderungen, meine Herren, die an unser Volk nach dem Kriege gestellt werden, machen es unbedingt notwendig, daß Praxis und Theorie, Leben und Schule allmählich einen ganz neuen deutschen Menschentyp schaffen. Selbstverständlich, meine Herren, wird das geistige und sittliche Sein eines Menschen genau so wie sein körperliches und wirtschaftliches Sein in sehr hohem Maße durch seine Klassenzugehörigkeit bestimmt. Aber, meine Herren, über alle Klassenzugehörigkeit und Klassenunterschiede hinaus gibt es doch in einem gewissen Grade bestimmte national geschiedene Menschentypen. Wir haben einen bestimmten französischen Menschentyp, einen bestimmten englischen, russischen, amerikanischen Menschentyp. In diesem Sinne, meine Herren, spreche ich jetzt auch von einem neuen deutschen Menschentyp, den wir für die neuen großen Aufgaben der neuen Zeit brauchen.

Und, meine Herren, wie soll dieser neue deutsche Menschentyp, den uns die neue deutsche Schule schaffen und erhalten helfen soll, aussehen? Er soll weit entfernt sein von dem weltfremden ideologischen Träumer von anno dazumal, von jenem weltfremden Träumer, der am besten gekennzeichnet ist in Freiligraths schönem Gedicht: „Deutschland ist Hamlet", das einige von Ihnen gewiß kennen werden; aber er soll nicht weniger entfernt sein von jenem eiseskalten, alles nur egoistisch berechnenden Menschen des kapitalistischen Zeitalters, wie er sich etwa um die letzte Jahrhundertwende herum

herausbildete. Der neue Mensch, den wir für die neuen Aufgaben brauchen, und den mitzuschaffen auch unsere Schule berufen ist, der uns als Ideal für die kommende Zeit vorschwebt, muß vereinen eisernste Pflichterfüllung, nüchternsten Tatsachensinn und höchstfliegenden Idealismus. Meine Herren, man hat während des Krieges wiederholt darüber gestritten — Sie haben diese Debatten erlebt —, wer in diesem Kriege gesiegt hat: Potsdam oder Weimar? Meine Herren, ich will die Erörterung nicht fortspinnen, sondern ich will vielmehr fragen: was fordert die Zukunft? Und da möchte ich sagen: wir gebrauchen gewissermaßen eine Synthese von Alt-Potsdam, Alt-Weimar und Neu-Berlin, oder — anders ausgedrückt — wir brauchen eine Synthese zwischen Königsberg, der Stadt, wo die reine Vernunft und der kategorische Imperativ geboren sind, den stillen Tälern um Eisenach und Rothenburg herum, wo die blaue Wunderblume der deutschen Romantik blühte, und den Geländen um Dortmund und Oberhausen herum, wo die Schlote rauchen und die Hämmer dröhnen. Aus all diesen Gebieten, aus all diesen geistigen Elementen, wenn ich so sagen darf, muß der neue deutsche Mensch Keime mit in sich hineinbekommen. Er muß, wenn ich es etwas anders ausdrücken darf, eine Synthese darstellen zwischen Kant und Goethe auf der einen Seite und, wenn Sie Namen aus der neuen Zeit hören wollen, Werner v. Siemens und Karl Legien auf der andern Seite. Alle diese Wesenselemente muß der neue deutsche Menschentyp in sich vereinigen. Und er muß in gleicher Weise eingestellt sein auf volkswirtschaftliches und staatsbürgerliches Denken und auf soziales und demokratisches Fühlen!

Aus dieser neuen Masse heraus, aus diesem neuen Menschentyp heraus müssen wir dann aber auch neue politische und wirtschaftliche Führerpersönlichkeiten großen Kalibers gewinnen. Worin allein hat in diesem Kriege das deutsche Volk **nicht** versagt? Es hat versagt auf diplomatischem Gebiete und auf dem Gebiet der inneren Verwaltung. Das einzige Gebiet, auf dem es nicht versagt hat, ist das militärische Gebiet gewesen. Ich bin heute natürlich genau so wenig wie früher zu irgendeiner Zeit ein Lobredner des spezifischen „Militarismus", im üblen Sinne jenes „Militarismus", unter dem ich in wesentlichem die Hineintragung des besonderen militärischen Geistes in das ganze bürgerliche, in das ganze öffentliche und in das ganze gesellschaftliche Leben verstehe. Trotzdem ich den Militarismus in diesem Sinne nach wie vor mit allen meinen Freunden auf das schärfste bekämpfen werde, erkennen wir selbstverständlich

an, daß das einzige Gebiet, wo wirklich Großes in diesem Kriege geleistet worden ist, das militärische gewesen ist. Ist das ein Zufall? Nein, meine Herren, das ist kein Zufall, sondern das kommt daher, daß wir auf militärischem Gebiete viele Jahrzehnte hindurch eine ganz systematische Auslese der Tüchtigsten in unserem Offizierkorps, besonders im Großen Generalstab gehabt haben, der zweifellos eine sehr gute Schule gewesen ist. Eine solche Schule, analog dem Großen Generalstab, wo die Tüchtigsten ausgelesen und besonders entwickelt werden, hat uns auf politischem Gebiet und auf volkswirtschaftlichem Gebiet gefehlt. Jetzt nicken Sie mir zu; jetzt sehen Sie wohl, Herr Abgeordneter Dr. Heß, worauf ich mit meinen Ausführungen hinaus wollte. (Zuruf) — Pardon, nicht Sie, sondern Ihre Fraktionskollegen waren es, die mir vorhin zuriefen, Sie begriffen den Zusammenhang meiner Ausführungen nicht. Also darauf wollte ich hinaus, und das ist die Quintessenz dessen, was ich sagen wollte, daß uns ähnliche umfassende Einrichtungen not tun zur Auslese der Tüchtigsten, zur Auslese von politischen und volkswirtschaftlichen Führerpersönlichkeiten,, wie wir sie bisher nur auf militärischem Gebiete haben. Das Militär hat in diesem Kriege einen Ludendorff, einen Hindenburg hervorgebracht. Es ist weiß Gott kein Zufall, daß ebensowenig, wie wir einen politischen Hindenburg gehabt haben, unser Zeitalter einen volkswirtschaftlichen Ludendorff hervorgebracht hat.

Zu dieser großen Doppelaufgabe, zu der Hervorbringung dieses neuen deutschen Menschentyps auf der einen Seite und der Hervorbringung von neuen deutschen Führerpersönlichkeiten auf der andern Seite brauchen wir neben dem praktischen Leben, das immer die Hauptsache bleiben muß, in allererster Linie die Hilfe der neuen deutschen **Schule**. Heute bietet unsere deutsche Schule, wieder in dem umfassenden Sinne gesprochen, den ich vorhin für das Schulwesen brauchte, das Bild eines tollen Durcheinander und teilweise sogar eines Gegeneinander. Wir haben heute ohne systematische Ineinandergliederung ganz verschiedene Systeme der Realbildung, der Gymnasialbildung, der Volksschulbildung, der Mittelschulbildung, der Fachschulbildung usw., die verschiedensten Unterrichtsmethoden und Unterrichtseinrichtungen mit den verschiedensten Unterrichtszielen. Dieses Durcheinander, dieses Tohuwabohu in unserm Schulwesen ist verständlich aus der Zeit des Übergangs, in der wir leben, aus einer Zeit, wo, weil man zu neuen Dingen kommen will, überall getastet wird, wo vieles Neue versucht wird.

Meine Herren, die Zahl der praktischen Versuche, zu neuen Inhalten und Formen in unserm Schulwesen zu kommen und die Zahl der Vorschläge, die gemacht worden sind, sind ja geradezu Legion. Ich erinnere z. B. an die Berliner Begabtenschulen, die sich das Wort Bethmann Hollwegs zum Motto gesetzt haben: „Dem Tüchtigen freie Bahn". Diese Berliner Begabtenschulen und ähnliche Einrichtungen in andern Städten wie Charlottenburg, Mannheim usw. sind natürlich höchst bemerkenswert und interessant; wir verfolgen ihre Ergebnisse mit großer Aufmerksamkeit. Aber ich möchte sie doch nur unter dem Vorbehalt loben, daß noch sehr viel wichtiger als das Herausheben des Einzelnen aus seiner Klasse die Hebung des Klassenniveaus im Ganzen ist und die Höherentwicklung der Volksschule als eines Ganzen.

Neben den Berliner Begabtenschulen haben wir seit Jahren die interessanten Experimente, die der Lehrer Otto in Lichterfelde in seiner Privatschule macht, wir haben das bekannte Frankfurter Reformgymnasium, das seine wesentliche Förderung dem verdienstvollen Herrn Oberregierungsrat Dr. Reinhardt verdankt; wir haben die Landerziehungsheime, die freie Schulgemeinden von Wyneken und anderen, über die ich an dieser Stelle ja mehrfach gesprochen und deren liebevollste Förderung ich dem Herrn Kultusminister wiederholt dringend empfohlen habe; wir haben ferner die im vorigen Jahre ins Werk gesetzte Förderung der Auslandsstudien, die auch von unserer Seite, wie ich schon vorhin sagte, lebhaft begrüßt wurde, bei der ich aber doch die Bemerkung machen möchte, daß das Studium der inländischen Volkswirtschaft und der inländischen Politik in dem Sinne, wie ich es vorhin ausführte, darüber nicht vernachlässigt werden darf, sondern immer an der Spitze stehen muß. (Zuruf).

Ich freue mich, daß Herr Kollege Ramdohr jetzt zustimmt. Neben diesen Neuschöpfungen, die ich eben nannte, ist versucht worden, durch Reform des Unterrichts, durch Reform der Lehrpläne, durch Reform der Prüfungsordnung usw. auch in die alten Schläuche neuen Wein zu füllen, auch die alten bestehenden Schulen zu reformieren.

Durch alle diese Experimente ist nun zweifellos ein Moment der Unruhe, des Inkonsequenten, des Halben und Unsicheren in unseren ganzen Schulbetrieb hineingekommen, unter dem Unterricht und Erziehung schwer leiden. Das war natürlich unvermeidlich. Aber, meine Herren, es wird nun doch allmählich Zeit, daß wir aus dieser Anarchie herauskommen, daß sich aus diesem Chaos in unserem

Schulwesen ein neuer Kosmos gestaltet. Was wir brauchen, ist keine Flick- und Teilreform, das ist vielmehr ein organisches Reformwerk von der Wurzel her. Wir brauchen einen Neubau unseres Schulwesens von der Basis der Pyramide bis hinauf zu ihrer Spitze.

Ich will Ihnen am Schluß meiner Ausführungen nicht mehr das Programm der neuen Schule, wie wir Sozialdemokraten sie uns wünschen, im einzelnen entwickeln; nur ein paar Stichworte lassen Sie mich Ihnen zum Schluß noch geben. Die Hauptsache muß unserer Auffassung nach sein, daß unser ganzes Schulwesen geleitet wird von gewissen einheitlichen Grundgedanken, daß eine Schulgattung organisch aus der anderen sich emporentwickelt, daß sie nicht anorganisch wie heute nebeneinander stehen. Zweitens ist notwendig, daß die ganze öffentliche Meinung von dem Bewußtsein durchdrungen wird, daß Hand- und Kopfarbeit sozial gleich notwendig sind und daß sie infolgedessen auch als sozial gleichwertig behandelt werden müssen. Darum müssen auch die Schulzweige, die im wesentlichen auf die Vorbereitung von Handarbeitern eingestellt sind, in der allgemeinen sozialen Wertung den Schulen durchaus gleichgestellt werden, auf denen die Schüler für akademische Berufe vorgebildet werden. Wir Sozialdemokraten wünschen durchaus nicht etwa, daß nun alle Welt Gymnasialstudien treibt, daß alle Welt akademisch gebildet wird. Wir wissen genau so gut wie Sie, daß es immer so bleiben wird für absehbare Zeit, daß 80% unseres Volkes Handarbeit werden leisten müssen. Wir hoffen aber, daß diese Handarbeit in immer höherem Maße vergeistigt werden wird, daß alles Schmutzige, Rohe und Brutale der Arbeit immer mehr von der Maschine übernommen werden wird, und daß von der Handarbeit genommen werden wird der ihr heute noch anhaftende Fluch der Minderwertigkeit. Wir verlangen, daß Hand- und Kopfarbeit sozial völlig gleich gewertet werden, und daß die Ergreifung des einen oder anderen Berufsstandes nicht abhängig sein soll von dem Geldbeutel des Vaters, sondern ausschließlich von der Begabung des Kindes. Es muß für den Ministersohn ebensowenig ein Makel sein, daß er Schuhmacher wird, wie es künftig etwa noch etwas Besonderes sein darf, wenn der Schuhmachersohn Minister wird. Das verstehen wir unter sozialer Gleichwertigkeit von Kopf- und Handarbeit!

Wir verlangen des weiteren, daß in den Mittelpunkt des gesamten Unterrichts auf allen Stufen des Schulwesens *das Deutsche gestellt wird*, die deutsche Sprache, die deutsche Literatur, die deutsche Geschichte, die deutsche Wirtschaft und Politik — das alles im engsten

Zusammenhang miteinander. Wir sind gegen die Beseitigung des humanistischen Gymnasiums, wie ich das früher hier schon oft erklärt habe. Das humanistische Gymnasium wird auch für die Zukunft seine große Bedeutung behalten; aber wir treten ein für seine fortschreitende Ergänzung, nicht seine Ersetzung, durch andere Schulgattungen, in denen neben dem Englischen auch das Russische, das Skandinavische gepflegt wird, die Sprachen der Balkanländer, die Sprachen aller derjenigen Länder, mit denen wir in regen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Austausch kommen. Aber nicht die Sprache allein als totes Gut, sondern Sprache, Geschichte, Kultur, Wirtschaft, Politik als ein einziges lebendiges großes Ganze. Dann wird auch der Sprachunterricht viel von seiner heutigen Trockenheit verlieren. —

Wir verlangen des weiteren — das brauche ich nach meinen ausführlichen Darlegungen nicht mehr zu begründen —, daß die Grundbegriffe der Volkswirtschaft und die Grundbegriffe der Staatslehre schon auf der Unterstufe den Kindern eingeprägt werden, und daß dieser Unterricht in der Staatskunde und Wirtschaftskunde systematisch fortentwickelt wird bis zu jenen Ausbildungsanstalten für praktische Volkswirte, wie wir sie in dem von uns vorgelegten Antrag Braun verlangen.

Es ist in der Kommission darüber gestritten worden, ob dieser politische Unterricht auf den Universitäten und der politische Unterricht überhaupt farblos, rein objektiv sein soll, oder ob er durch starke, in sich geschlossene Persönlichkeiten erfolgen könne. Ich bin durchaus der Meinung, daß die stärksten, die in sich geschlossensten Persönlichkeiten gerade gut genug sind, um einen so hochwichtigen Unterricht zu erteilen. Persönlichkeiten von der Art Treitschkes, Persönlichkeiten auch wie der Berliner Historiker Dietrich Schäfer sollen also dort ruhig unterrichten, aber auch starke sozialdemokratische Persönlichkeiten sollen nicht ausgeschlossen sein. Was ich Ihnen konzediere, muß ich auch für uns in Anspruch nehmen.

Wir verlangen ferner, daß auf der Schule in allen ihren Zweigen von den Kinderhorten bis zu den Universitäten gepflegt wird praktische und theoretische Hygiene. Die Kenntnis des menschlichen Körpers, die Pflege seiner Organe und seiner Funktionen ist nach unserer Meinung ein besonders wichtiger Zweig des Unterrichts. Aber nicht nur theoretisch soll dieser Unterricht gepflegt werden, sondern auch praktisch. Wir treten, wie ich das oft an dieser

Stelle ausgeführt habe, besonders auch ein für Schul-Luftbäder in Verbindung mit dem so überaus gesundheitsfördernden Nackturnen. Dinge, gegen die der Abgeordnete Heß vor vier Jahren in seiner Antwort auf meine Kultusrede heftig polemisierte, zu denen er sich aber hoffentlich schließlich doch noch bekehren wird. Die Schule soll den Kindern klar machen die Gefahren des Alkoholismus, des übermäßigen Nikotingenusses, die Gefahren des Sexuallebens. Körperliche Ertüchtigung der Jugend, nicht ein Übermaß von Sportfexerei, sondern Schulreform in Verbindung mit Lebensreform hat eine der Hauptaufgaben der neuen Schule zu sein.

Die neue Schule hat sodann in engster Verbindung zu stehen mit der Erziehung im Hause. Vertrauensvolle Verbindung zwischen Elternhaus und Lehrern muß eine der Hauptaufgaben der Schule sein. Zu dem Zweck sollten häufig Elternabende abgehalten werden, auf denen die Eltern mit den Lehrern zusammenkommen und sich mit ihnen aussprechen.

Und ebensolches Vertrauensverhältnis, wie zwischen Eltern und Lehrern, muß auch bestehen zwischen Schülern und Lehrern, es muß geradezu auf ein gewisses Freundschaftsverhältnis zwischen ihnen hingearbeitet werden. Auch in dieser Beziehung sind die Freien Schulgemeinden — über deren Einrichtungen im einzelnen ich heute nicht mehr sprechen möchte, es ist schon oft geschehen — vorbildlich. Ich will nicht, daß ihre Einrichtungen sklavisch im ganzen Schulwesen kopiert werden, aber sie haben zweifellos in dieser Beziehung sehr Gutes und Nützliches geleistet. Um aber ein solches enges Vertrauensverhältnis zwischen Eltern und Schülern zu erreichen, ist es notwendig, daß die Klassen möglichst klein sind, so daß die Schüler möglichst individuell behandelt werden können, daß der Lehrer jeden einzelnen seiner Schüler, seine Fähigkeiten, seine Psyche genau kennen lernen kann.

Wir verlangen im Zusammenhange damit auch eine möglichst weitgehende Selbstverwaltung der Schüler, soweit es möglich ist auch ihre eigene Gerichtsbarkeit. Auch hierin sind die Einrichtungen der freien Schulgemeinden, der Landerziehungsheime äußerst vorbildlich. Durch die Selbstverwaltung der Schüler, durch ihre eigene Gerichtsbarkeit muß das staatsbürgerliche und soziale Empfinden in den jungen Knaben und Mädchen gewissermaßen schon embryonal entwickelt werden.

Das alles ist kein systematisches Programm, was ich Ihnen da vortrage, es sind nur ein paar knappe Stichworte. Das große Ziel

aber, das uns bei dieser Schulreform der Zukunft vorschwebt, möchte ich doch noch in folgende Worte zusammenfassen: jeder Einzelne soll durch die Schule in den Stand gesetzt werden, alle in ihm schlummernden Eigenschaften voll zu entwickeln und sie nicht nur in den Dienst seines eigenen Fortkommens, sondern auch zugleich in den Dienst der Gesamtheit zu stellen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) Mit anderen Worten: die Schule soll zwar ganz gewiß nicht eine sozialdemokratische Parteischule im engen Parteisinne des Wortes sein, wohl aber soll die neue Schule ihre ganze Kraft einsetzen für die sozialen und demokratischen Notwendigkeiten der Zeit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der neue Kultusminister aber, der auf einem der wichtigsten Plätze des neuen Preußen steht, der neue Herr Kultusminister hat die große und schöne Aufgabe, alle die vielfachen Anregungen, die außerhalb dieses Hauses und in dem Hause, in der Kommission und im Plenum gegeben worden sind, sorgfältig in seinem Ministerium durcharbeiten zu lassen, um einer bald nach Friedensschluß zusammentretenden Schulkonferenz, die ja in den letzten Jahren hier schon wiederholt beantragt worden ist, und die zusammengesetzt sein müßte nicht nur aus Schulmännern, sondern auch aus Politikern, aus Volkswirten sowie aus Männern des praktischen Lebens, um dieser Schulkonferenz ein großzügiges Programm der preußischen Schulreform vorlegen zu können.

Das alles, was ich hier angedeutet habe, meine Herren, ist eine nationale, eine vaterländische Arbeit im besten Sinne des Wortes, und zu dieser Arbeit rufen wir Sozialdemokraten Sie auf!

Der Herr Minister oder die Herren aus den andern Parteien werden einwenden: das kostet viel Geld! Ganz gewiß, das kostet viel Geld! Wir sind aber der Meinung, daß es nach den ungeheuren Zerstörungen an Wirtschaftsgütern und Kulturgütern, an Menschenleben und Menschenglück, die uns die letzten furchtbaren Jahre gebracht haben, gar keine bessere nationale Kapitalsanlage geben kann, als eine derartige großzügige Schulreform! Das ist die beste Kapitalsanlage, die denkbar ist! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Vergessen wir das Eine nicht: nach dem Kampfe mit den Waffen, den unser Volk siegreich bestanden hat und hoffentlich siegreich bis zum Ende bestehen wird, nach diesem Kampfe mit den Waffen kommen wir ohne Zweifel in einen sehr schweren politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Wettbewerb mit der ganzen Welt, besonders mit dem

Angelsachsentum hinein, und in diesem großen Wettbewerb wird dasjenige Volk Sieger bleiben, das durch Staatsreform, das durch Sozialreform, das durch Lebensreform und das durch Schulreformen restlos alle in ihm schlummernden Kräfte aus sich herausgeholt hat! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren, das haben die Engländer sehr wohl begriffen. Einer der klügsten englischen Staatsmänner ist vielleicht der frühere Kriegsminister und jetzige Lordkanzler Haldane, den man auch bei uns in Deutschland von seiner berühmten Berliner Mission im Jahre 1912 her kennt. Haldane hat sich vor wenigen Wochen gegenüber einem Mitarbeiter des Amsterdamer Allgemeen Handelsblad über die Aufgabe der Schulreform in England, über die Bedeutung der Unterrichtsreform für den Wirtschaftskampf der Völker folgendermaßen — es sind nur 3 oder 4 Sätze — ausgesprochen:

„Mit dem Kriege steht das ganze Unterrichtsproblem im engsten Zusammenhange. Die deutsche Gefahr beruht auf Deutschlands organisierter Kraft und auf seinem Unterricht. Unser Ziel muß es sein, unter Leitung von Männern der Wissenschaft und guten Verwaltern unsere Arbeiter nicht länger Maschinen sein zu lassen. Um dazu zu kommen, ist der Unterricht nötig, ohne den keine Demokratie gedeihen kann. So werden sich neue Talente in großer Fülle entwickeln, und aus deren Anhäufung werden dann neue Darwins hervorgehen. Lloyd George sieht ein, wie notwendig die Änderung unseres gesamten Schulsystems ist. Der Gesetzentwurf Fishers ist dazu ein glänzender Anfang, während wir in Schottland sogar noch weiter gehen."

Sie sehen, meine Herren, die Engländer erkennen die Notwendigkeiten der Zeit auf diesem Gebiete! Die Engländer wissen, in wie engem Zusammenhang Wirtschaftskampf und Unterrichtsreform stehen. Meine Herren, sollen wir nach dem Siege unserer Waffen nun etwa hier unterliegen? Das darf nicht sein — und deshalb muß es auch auf dem Gebiete der Kulturpolitik heißen: Deutschland in der Welt und Preußen in Deutschland voran!

Meine Herren, es ist uns Sozialdemokraten von Ihrer Seite, vom Zentrum und von der Rechten, so oft vorgeworfen, daß wir nichts anderes könnten als nörgelnde Kritik zu üben, daß wir nichts anderes wüßten, als passiv beiseite zu stehen, als unfruchtbare Negation zu treiben. Einer Ihrer Kanzler, der vierte Kanzler, Fürst Bülow

war es, hat einmal im Reichstage gesagt, in allen Dingen der Kritik verdienten die Sozialdemokraten die Nr. 1 a, in allen Fragen des großzügigen Schaffens die Note 5b! Nun, ich habe Ihnen heute nur auf einem kleinen Teilgebiet unseres öffentlichen Lebens ein paar Grundgedanken zu einer großzügigen Reform vorgetragen, zu der wir Sie aufrufen. Wir wünschen nichts sehnlicher, als mit frischer Kraft an der Verwirklichung dieser großen Schulreform mitarbeiten zu können! Dazu ist aber nötig, daß wir die Möglichkeit haben, positiv in Preußen zu arbeiten! Geben Sie uns ein freies Wahlrecht, helfen Sie uns dazu mit, daß wir aus einem ohnmächtigen, kleinen Häuflein hier eine starke Fraktion werden und verzichten Sie auf alle die kleinlichen Versuche, unserer kräftigen Kulturarbeit durch „Sicherungen" von vornherein Steine in den Weg zu wälzen! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten) Dann sollen Sie sehen, meine Herren, mit welcher Freude wir, wie wirkungsvoll wir arbeiten werden in dem heute von mir entwickelten Sinne, zum Besten unseres ganzen Volkes, zum Besten damit auch unseres Staates! (Bravo! bei den Sozialdemokraten) Meine Herren, mit Ihnen, wenn Sie uns folgen wollen; ohne Sie, meine Herren, wenn Sie passiv und gleichgültig beiseite stehen; gegen Sie, meine Herren, wenn Sie sich uns in den Weg stellen, werden wir unbeirrt diesen unsern Weg zu Ende gehen, um unser preußisches, um unser ganzes deutsche Volk einer großen, freien und glücklichen Zukunft entgegenzuführen! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten).

END OF
TITLE